Einzelpreis 5 Mark

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

Morgen-Ausgabe

Nr. 505 Jahrg. 215

Bezugspreis: monatlich Mk. 150.— mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5669 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20 512.

Halle-Saale

Freitag, 27. Oktober 1922

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 15.— M. Die 8gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60.— M. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 929. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag u. Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Bradburys Umfall

London, 26. Oktober.

Es wurde bereits die Vermutung ausgesprochen, daß der Widerstand Bradburys gegen die französischen Pläne in der Reparationsfrage schwächer zu werden begonnen habe. Informationen von unterrichteter englischer Seite lassen keinen Zweifel mehr darüber, daß diese Vermutung richtig ist. Allerdings wird bestritten, daß Bradbury den französischen Vorschlägen bereits zugestimmt habe. Aber es wird zugegeben, daß der englische Delegierte möglicherweise nicht mehr grundsätzlich sich Maßnahmen widersetzen werde, welche nach deutscher Auffassung einen schweren Eingriff in die deutsche Verwaltung bedeuten würden. Nach der Art, in der hier über die Berliner Reise der Reparationskommission gesprochen wird, muß angenommen werden, daß die Kommission **in ultimativer Form von der deutschen Regierung bestimmte finanzielle Maßnahmen verlangen werde.** Sollte die deutsche Regierung diese Forderung ablehnen, so wird abermals die Frage nach einem **absichtlichen Verschulden Deutschlands** gestellt werden, deren Bejahung dann zur Annahme der französischen Vorschläge hinsichtlich einer **alliierten Finanzkontrolle** führen würde. Nach diesen Informationen von englischer Seite kann über die tiefere Ursache der plötzlichen Berliner Reise der Kommission kein Zweifel mehr bestehen. Es handelt sich lediglich darum, dem **englischen Delegierten** den Rückzug von seinem bisherigen Standpunkte zu erleichtern, **indem an die deutsche Regierung Forderungen gestellt werden, die von vornherein als unannehmbar betrachtet werden können.**

Theunis für Herabsetzung der Reparationsschuld

Haag, 26. Oktober.

Der belgische Premierminister Theunis hat gestern in der parlamentarischen Kommission für auswärtige Angelegenheiten erklärt, der Sturz der deutschen Mark sei ein Beweis dafür, daß Deutschland finanziell nicht so kräftig dastehe, wie man anfangs in den Ententeländern angenommen habe. Die ganze Wiedergutmachung müßte revidiert und die deutsche Schuld herabgesetzt werden.

Ein belgischer Vorschlag

Paris, 26. Oktober.

Die Reparationskommission wird heute eine **offiziöse Sitzung abhalten. Es ist wahrscheinlich, daß bei dieser Gelegenheit von dem belgischen Vertreter Delacroix ein Uebergangsprojekt vorgelegt wird, um den französischen und den englischen Standpunkt mit der Frage der Kontrolle in Einklang zu bringen. Das Problem besteht darin, die Zustimmung Deutschlands zu einer Einführung der Finanzkontrolle zu erhalten, ohne Deutschland gleichzeitig ein Moratorium zu gewähren.** Der belgische Vorschlag geht dahin, daß die Finanzkontrolle sofort eingeführt werden soll. Die Erörterung des Moratoriums soll aber auf die Brüsseler Konferenz verschoben werden, bei welcher Gelegenheit das Reparationsproblem und das der interalliierten Schulden geregelt werden soll. **Man glaubt, daß die deutsche Regierung unter dem Drucke der Volkspartei einen derartigen Entschluß ohne Schwierigkeiten übernehmen würde.** — Die Delegierten bereiten sich auf die Berliner Reise vor. Außer den stellvertretenden Delegierten jeder Nation, Amerika eingeschlossen, werden auch der Generalsekretär der Kommission sowie einige Sachverständige nach Berlin abreisen.

Bradbury will nach Berlin übersiedeln

w. **London**, 26. Oktober.

Die „Times" veröffentlicht ein Telegramm ihres Pariser Berichterstatters, in dem es heißt, nach Ansicht Bradburys sei es jetzt notwendig, daß die Kommission ihren Sitz dauernd in Berlin nehme. Wenn es nach ihm ginge, würde sie ihr Hauptquartier sofort nach Berlin verlegen. Die Franzosen seien jedoch nicht der Meinung, daß dieser Schritt irgendwelche Ergebnisse zeitigen werde. Der gegenwärtige Besuch könne daher nur als Kompromiß angesehen werden.

Der Berichterstatter fährt fort, wenn der Fall der Mark aufgehalten werden solle, so müsse dies durch ein Zusammenwirken der Berliner Regierung mit der Reparationskommission geschehen. Bradbury trete für Maßnahmen ein, die einschneidend genug seien. Er habe die Kommission bereits darauf hingewiesen, daß es zwecklos wäre, sie der deutschen Regierung aufzuerlegen. Es sei besser, praktische Vorschläge zu erörtern und die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zur Zustimmung zu ihrer Anwendung zu erhalten. Nur durch aufrichtige Anstrengungen könne die Lage jetzt geretet werden. Es verlaute, daß sich Barthou, indem er zugegeben habe, daß eine Unterredung mit Dr. Wirth und seinen Ministern in diesem ernsten Augenblick von Nutzen sein könnte, alle französischen Rechte hinsichtlich der Auferlegung eines Kontrollsystems vorbehalten habe.

Paris, 26. Oktober.

Wie der „Petit Parisien" mitteilt, wird die Reparationskommission heute eine neue offiziöse Sitzung abhalten, um die Beratung der beiden Vorschläge Bradburys und Barthous fortzusetzen. Es sei wahrscheinlich, daß heute ein Vermittlungsvorschlag des belgischen Delegierten Delacroix vorgelegt werde, der beabsichtige, den französischen und den englischen Standpunkt miteinander zu verbinden. Der belgische Vorschlag werde sich bemühen, die Schwierigkeiten zu umgehen, indem er auf der unerläßlichen sofortigen Schaffung einer Kontrolle bestehe, aber vorschlage, die Erörterungen über das Moratorium bis zur Brüsseler Konferenz zu verschieben.

Die linksradikale „Ere Nouvelle" schreibt, die Entscheidung der Reparationskommission, sich nach Berlin zu begeben, sei das Ergebnis eines Kompromisses zwischen der englischen und der französischen Auffassung, eines Kompromisses, der, wie das Blatt glaubt, Poincaré unangenehm gewesen sei.

Die Zeitung fährt fort: Man hat sich in gutunterrichteten Kreisen mit einer gewissen Verblüffung gefragt, welche Hoffnung ernste Leute auf diese neue Reise nach Deutschland setzen könnten. Diese Reisekommission gewinnt in der öffentlichen Meinung der Welt nichts an Ansehen, und es erscheint ziemlich widerspruchsvoll, daß es, um die Lösung für ein so großes Problem zu finden, genügen sollte, sich in den Eisenbahnzug zu setzen.

In Deutschland müsse man begreifen, daß es ein Mindestmaß von Reparationen gebe, unter das Frankreich nicht heruntergehen könne. Das Blatt fordert gleichzeitig Poincaré auf, seine Finanzpläne zu veröffentlichen, und erwartet, daß man in Berlin nicht jede ernsthafte Kombination durch die Kundgebung schlechten Willens unmöglich machen werde. Wenn man eine ablehnende Haltung zum Ganzen des französischen Wiederaufbauplanes einnehme, würden der Reichskanzler und seine Freunde die strengen Maßnahmen nur rechtfertigen.

Das Blatt verlangt schließlich, daß die französische Regierung eine klare Begründung ihrer Stellung in der Reparationsfrage gebe und daß man fernerhin Provisorien vermeide.

Deutsche Industrielle in Frankreich

Paris, 26. Oktober.

Um sich über den Zustand der Arbeiten in den zerstörten Gebieten zu unterrichten und um die beim Wiederaufbau zerstörten Häuser verwendeten Materialien zu studieren, trafen gestern etwa 40 deutsche Industrielle, von einem Beamten der Zentralverwaltung geführt, in Laon ein. Während der dreistündigen Besichtigung erkundigten sie sich nach den Bedürfnissen der Gegend.

Für eilige Leser

Die Effektenbörse war gestern geschlossen, doch wurden in freien Verkehr ziemlich viel Kurse genannt. Der Devisenmarkt war zurückhaltend und unsicher. Die Produktenbörse verhält sich abwartend

*

Am Dienstag und Donnerstag der nächsten Woche fällt wiederum die Effektenbörse in Berlin aus.

*

Beim Reichskanzler fanden Besprechungen mit den Parteiführern statt, die die abgeänderte Devisenverordnung und die allgemeine politische Situation betrafen. Es wurden zwei Ausschüsse, der eine für Fragen der Devisenordnung, der andere für wirtschaftspolitische Fragen, gebildet.

*

Der Reichskanzler empfing zwei in Berlin eingetroffene internationale Währungsfachverständige, den Schweizer Herrn Dubois und den russischen Volkswirtschaftler Herrn Boris Kalenka.

*

Die Beratungen der Staatssekretäre der für die Reparationsfrage zuständigen Ressorts der Reichsregierung zur Vorbereitung der Verhandlungen mit der Reparationskommission wurden gestern nachmittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fortgesetzt.

*

Die Repko beabsichtigt, in den nächsten Tagen nach Berlin abzureisen. Man will Deutschland eine Finanzkontrolle auferlegen, aber kein Moratorium gewähren.

*

Premierminister Theunis trat für eine Herabsetzung der Reparationen ein.

*

Poincaré empfing den italienischen Botschafter Grafen Sforza.

*

Das im Dezember 1918 gewählte englische Parlament wurde gestern aufgelöst.

*

Die englische Regierung hat dem französischen Botschafter in London eine neue Note in der orientalischen Frage überreicht. Sie verlangt, daß die Vereinigten Staaten zur Friedenskonferenz herangezogen werden und daß die Einladung zur Konferenz von der englischen Regierung ausgehen solle.

*

Wie der „Chicago Tribune" aus Konstantinopel berichtet wird, hat die Nationalversammlung die Jahresklassen 1901, 1902, 1903 und 1904, insgesamt 40 000 Mann, entlassen.

*

Nach einer Reuter-Meldung aus Konstantinopel hat der nationalistische Vertreter Hamid Bei den Banken mitgeteilt, daß Zahlungen, die für Rechnung der Konstantinopeler Regierung gemacht worden sind, von der Angora-Regierung nicht anerkannt werden.

*

Nach Nachrichten, die der „Matin" aus guter Quelle erhalten hat, ist General Gouraud, der Oberkommissar von Syrien, nicht zurückgetreten.

Dollar amtl. 4448,85 G.

Englands neues Gesicht

Bis aus den Wahlkämpfen in Großbritannien, die jetzt mit aller Heftigkeit einsetzen, aber dafür auch kaum drei Wochen dauern, ein neues Unterhaus hervorgegangen und eine gefestigte englische Regierung gebildet sein wird, kann die internationale Politik wenigstens Europas mit einer Pause rechnen. Und die Reparationskommission tut es bereits, da sie sich einstimmig entschloß, wieder mal eine Reise nach Berlin zu machen. Warum auch nicht; wenn alle Welt sich den Tiefstand der deutschen Währung zunutze macht und auf die wohlfeilste und angenehmste Art in Deutschland schlemmt, warum soll die Reparationskommission davon ausgeschlossen sein? Einstimmige Entscheidungen kann sie ja doch nicht treffen, so lange die Vertreter Englands keine Dauerregierung hinter sich haben, und auch die Franzosen wissen nicht, wie sie fortan mit England dran sein werden, ob sie auch ferner nach Herzenslust ihren Raff-, Raub-, Rache- und Zerstörungsinstinkten mit englischer Duldung und Unterstützung weiterfröhnen können, oder auf englischen Widerstand gefaßt sein müssen.

Inzwischen hat Bonar Law, unter dessen Regime die Neuwahlen vor sich gehen, sein vorläufiges Kabinett gebildet, aber augenscheinlich mit aller Sorgfalt, damit es nach dem erhofften Wahlsieg fertig vor dem Lande dasteht. Deshalb hat er sich auch nicht überstürzt, sondern sich Zeit gelassen, um die rechten Männer herauszufinden.

Auffallen muß auf den ersten Blick die Zahl der jüngeren Männer im neuen Kabinett. Wohl sind viele alte in der britischen Politik und Geschichte bekannte und berühmte Namen, wie Peel und Salisbury vertreten, aber ihre Träger gehören jüngeren Generationen an. Als politische Größen, die in den letzten Jahrzehnten deutlich hervortraten, sind nur Bonar Law, Curzon und Derby anzusprechen; Curzon als der einzige Minister des gestürzten Kabinetts Lloyd George. Da er schon seit dem vorigen Jahr nicht immer mit Lloyd George übereinstimmte und mehrfach von dem energischen alten Primeminister ausgeschaltet wurde, so wird ihm der Uebergang leicht geworden sein. Aber kennzeichnend ist es, daß sich Bonar Law diesen in Englands Politik seit 1895 erprobten und wohlbewährten Staatsmann, der besonders als Vizekönig von Indien große eigene Gedanken entwickelte und sich große Verdienste erworben hat, für sein Kabinett gesichert hat. Auch sonst aber weichen von Lloyd Georges Seite Männer von beträchtlichem politischen Ansehen und einstmals liberaler Gesinnung. So hat sich der frühere Minister des Auswärtigen in den liberalen Kabinetten seit 1905, Lord Grey, der unter Asquith den Krieg gegen das Deutsche Reich entfachte und mit englischer Zähigkeit führte, bis er mit dem Kabinett Asquith fiel, sich jetzt in öffentlicher Rede zu Bradford für die konservative Regierung erklärt, weil die Regierung seines früheren liberalen Kollegen Lloyd George durch ihre auswärtige Politik das Land im Innern erniedrigt und nach außen gefährdet, weil sie England in eine Isolierung gebracht habe, die sich wohl die Vereinigten Staaten, nicht aber England mit der schmalen Trennungsrinne vom europäischen Festland leisten könne. Daß Rußland und Deutschland näher aneinander gerückt seien, falle mehr aufs Schuldkonto Frankreichs, für die Annäherung der Türkei an Rußland, Italiens an Frankreich und die englische Stillappe im Orient trage aber die englische auswärtige Politik die Verantwortung. Vor allem will Lord Edward Grey die auswärtige Politik wieder aus der Sphäre der Parteipolitik herausgehoben sehen. Weiter hat sich der frühere liberale Schatzkanzler Mac Kenna, jetzt Präsident einer großen Londoner Bank, der jüngst auch in New-York das Reparationsproblem in ein fahrbares Geleise zu schieben suchte, sehr scharf gegen die Regierung Lloyd Georges ausgesprochen und ihr die ganze trübselige Lage des englischen Wirtschaftslebens zum Vorwurf gemacht; statt besser sei die Lage immer schlechter geworden. „Wir brauchen eine Periode wirklichen Friedens", erklärte Mac Kenna ganz offen. Fast scheint es, daß sich Professor Kennes' Gedanken mehr und mehr in England durchsetzen. Doch wollen wir dem Schein lieber nicht allzusehr vertrauen. Jetzt kommt alles auf den Ausgang der Wahlen an. Doch da scheinen die Aussichten der Regierung Bonar Law nicht ungünstig zu sein, wenn auch Lloyd George sich mit Löwenmut und Löwenzorn in den Kampf stürzt.

Natürlich sind die Franzosen in erheblicher Sorge, aus dem wohl richtigen Gefühl, daß sie mit einer Regierung Bonar Law, die lediglich englische Politik treiben wird, nicht so leichtes Spiel haben werden wie mit Lloyd George. Fortgesetzt lassen sich ihre Pressevertreter in London die Meinungen der neuen Regierungsmänner sagen. Neuerdings hat der „Matin" auch Bonar Law ausgeholt, und wenn der konservative Premierminister dabei zuerst betonte, daß er großen Wert auf die Entente lege und auf ein vollständiges Einvernehmen mit Frankreich in allen politischen Angelegenheiten zähle, so ist das nur natürlich. Liegt auch in der Richtung der englischen konservativen Politik, die 1904 durch das Abrilabkommen mit Frankreich diese Entente knüpfte,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192210271-19/fragment/page=0001

Bonar Law will auch einer strengen Aufsicht über die deutschen Finanzen zustimmen, doch nur wenn sie bei „einem Teil des deutschen Volkes selbst Verbündete und Helfer findet." Ein dunkles Wort. Denn welcher Teil des deutschen Volkes sollte dabei mithelfen, das eigene Vaterland um den letzten Rest seiner Hoheit und Unabhängigkeit zu bringen und damit in die Sklaverei zu verkaufen, abgesehen von den Kommunisten?

Acht unberechtigte Verbote

w. Leipzig, 26. Oktober.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat in seiner gestrigen nichtöffentlichen Sitzung die Verbote gegen folgende Zeitungen aufgehoben: „Mitteldeutsche Presse" und „Staßfurter Tageblatt", „Hessische Landeszeitung", „Lannaer Anzeiger", ferner gegen die Zeitschrift „Fridericus". Außerdem wurden aufgehoben das Verbot des Films „Fridericus Rex", das Verbot einer Versammlung des Heimatsbundes Schlesien, Ortsgruppe Schweidnitz, das Verbot des Vereins für Rasensport Neukuckow und das Verbot einer Versammlung des Bismarckbundes Altona. Verworfen wurden die Beschwerden der Zeitschrift „Nordwest", der „Niederdeutschen Zeitung" sowie gegen ein weiteres Verbot der Zeitung „Mitteldeutsche Presse" und „Staßfurter Tageblatt". Weiter wurden verworfen die Beschwerden gegen das Verbot einer Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Dessau, gegen das Verbot des Deutschen Jugendbundes Bismarck, Ortsgruppe Haselau und Regenwalde, sowie das Verbot des Landesverbandes Pommern des gleichen Bundes. Die Beschwerde wegen des Bundestages der Deutschnationalen Jugendbundes vom August ist zum Teil verworfen worden, im übrigen wurde das Verbot aufgehoben.

Deutschnationale „Große Anfrage" im Reichstag

Bei Ausführung der Gesetze zum Schutz der Republik ist in zahlreichen Fällen gegen Angehörige der Deutschnationalen Volkspartei und anderer rechtsstehender Kreise Hausdurchsuchung, Beschlagnahme, vorläufige Festnahme und Verhaftung angeordnet worden, ohne daß ein gesetzlicher Grund vorgelegen hätte, und unter Verletzung gesetzlicher Vorschriften.

Wir bringen folgende Beispiele zur Sprache:

1. In Offenbach am Main wurden am 7. Juli die Geschäftsräume des Landesverbandes der Deutschnationalen (Hessischen) Volkspartei und die Privatwohnung des Landesgeschäftsführers, Korvettenkapitäns a. D. Freiherr von Forstner, des bekannten U-Boot-Kommandanten, einer mehrstündigen Durchsuchung unterworfen.

2. Darauf hat man sich nicht gescheut, die persönlichen Bureauräume des Landesverbandes-Vorsitzenden Dr. ing. Karl Klingspor in Offenbach am Main und dessen Privat-Sekretärs Dr. Riebel, sowie die Bureauräume des Vorsitzenden der Ortsgruppe Offenbach Fabrikanten W. Klingspor zu durchsuchen. Selbstverständlich haben diese Durchsuchungen keinerlei Ergebnis gehabt. Die Brüder Karl und Wilhelm Klingspor sind als ernste und verantwortungsbewußte Persönlichkeiten bekannte und hoch angesehene Inhaber kunstgewerblicher Betriebe von europäischem Ruf, Herr Wilhelm Klingspor zudem ein schwerverletzter Kriegsteilnehmer. Gegen alle Getroffenen lag auch nicht der Schatten eines begründeten Verdachtes vor.

3. In Weimar hat bei dem Literarhistoriker Adolf Bartels (noch dazu in der Nacht zwischen 2 und 4 Uhr) Haussuchung stattgefunden, die natürlich ergebnislos war.

4. In Gera (Reuß) sind der Oberpostsekretär Faßhauer, der Hauptmann Lauterbach, die Oberlehrer Dr. Franz und Dr. Bamler, der Bankbeamte Grafe Anfang Juli ohne jeden Grund verhaftet worden. Der Regierungskommissar Drechsler hat ferner bei einer Reihe nationaler Organisationen gleichfalls ohne Grund Verhaftungen und Haussuchungen vornehmen lassen.

5. In Bochum wurde am Sonntag, den 17. 9. 22, die Jugendgruppe der D. N. V. P. aus Recklinghausen auf einer Landpartie unter Führung des Geschäftsführers der Ortsgruppe Bochum der D. N. V. P. Herrn Strauß, von mehreren Kriminalbeamten, u. a. dem Kriminalkommissar Lux, angehalten, zwei Stunden lang untersucht, ihre sämtlichen Briefschaften untersucht und zum Rathaus nach Haltern geführt, wo sie zu Protokoll vernommen wurden. Es wurden beschlagnahmt: zwei Wanderkarten und eine Mitgliedskarte des aufgelösten Bundes der Aufrechten.

6. Der Kreisvereins-Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Major Schäfer in Magdeburg, wurde am 6. Juli von der Kriminalpolizei festgenommen, obwohl eine vorher bei ihm vorgenommene Durchsuchung nichts Belastendes ergeben hatte. Es wurde ihm mitgeteilt, daß er wegen seiner politischen Gesinnung dringend verdächtig sei. Trotz wiederholter Forderung wurde er tagelang dem Untersuchungsrichter nicht vorgeführt und ihm ärztliche Untersuchung verweigert. Nach mehr als 48 Stunden erklärten ihm die ihn vernehmenden Kriminalbeamten, daß nichts gegen ihn vorliege, obwohl seine Wohnung nochmals stundenlang durchsucht worden war. Gleichwohl wurde er nicht entlassen, sondern aufgefordert, sich für die Verbrecherliste photographieren und messen zu lassen. Erst am 4. Tage abends wurde er entlassen. Sein durch den Feldzug schwer geschädigter Gesundheitszustand ist durch diese Behandlung verschlimmert worden, daß er wiederum vollständig erwerbsunfähig geworden ist.

7. In Berlin, Schellingstr. 1, wurden Anfang Juli die Geschäftsräume des Landesverbandes Berlin der Deutschnationalen Volkspartei ohne jede Ergebnis durchsucht.

Wir fragen:

1. sind die Beamten zur Rechenschaft gezogen, die sich der vorstehend geschilderten Rechtsverletzung schuldig gemacht haben?

2. was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um derartigen Rechtsverletzungen und Verstößen gegen das Gesetz vorzubeugen?

gez.: Hergt und Fraktion.

Die Steuergesetze des Reiches

Die Flut der Gesetze, mit denen die neue Zeit das deutsche Volk beglückt hat, ist allmählich so stark angeschwollen, daß es nicht einmal mehr denen, die sich berufsmäßig mit dem Inhalte der Gesetze beschäftigen müssen, möglich ist, alle Bestimmungen zu kennen und sie geistig zu beherrschen. Der Laie aber ist vollends außerstande, die sich jagenden Gesetze zu verfolgen und sich in dem Wust der Materie zurechtzufinden. Und doch muß er heute mehr denn je mit den gesetzlichen Vorschriften vertraut sein, weil ihre Unkenntnis dem Staatsbürger oft schweren, nie wieder gut zu machenden Schaden bringen kann. Das gilt ganz besonders von den Steuergesetzen, durch die dem deutschen Volke Lasten auferlegt worden sind, wie es noch nie in seiner Geschichte zu tragen hatte. Der bekannte Vorkämpfer für freie Wirtschaft und Privateigentum, Stadtrat Josef Humar in München, Mitglied des Reichswirtschaftsrats, hat sich damit ein besonderes Verdienst erworben, daß er die Steuergesetze des Reiches in einem ungemein praktisch angelegten Heft, das es gestattet, jede einzelne Seite, auf der immer je ein Gesetz behandelt ist, herauszunehmen, gemeinverständlich und für jedermann sofort bereitstellt hat. Die sehr übersichtliche Darstellung gibt den Stand vom 1. August wieder; da aber in der heutigen Zeit der Schnellfabrikation von Gesetzen immer wieder mit ihrer Abänderung zu rechnen ist, darf man es als einen besonderen Vorzug der Humarschen Schrift ansehen, daß ihre äußere Anordnung die sofortige Ergänzung gestattet, sobald irgendwelche Aenderungen stattgefunden haben. Es ist geplant, in laufenden Nachträgen die Ergänzungen auf dem laufenden zu halten, so daß jeder Käufer in der Lage ist, die vom Verlag hergestellten Ersatzblätter einzeln zu beziehen und dem Hefte zur Vervollständigung beizufügen. Von jedem Reichssteuergesetz wird der wesentlichste Inhalt wiedergegeben. Man kann sich rasch und bequem über das Steuersubjekt und -objekt, den Steuertarif, die Steuerbefreiungen, die Veranlagung und Erhebung unterrichten und hat damit ein Mittel in der Hand, sich durch eine gesetzlich richtige und erschöpfende Steuererklärung vor Unannehmlichkeiten, Weiterungen und Schaden zu bewahren. Das im Süddeutschen Zeitschriften-Verlage, München, erschienene Heft kann zu dem für heutige Verhältnisse äußerst billigen Preise von 60 M. durch den Schulverband für deutschen Grundbesitz (Berlin W. 8, Taubenstraße 44/45) bezogen werden.

Leipzig, 26. Oktober.

Nach den Vorschriften des Vermögenssteuergesetzes vom 8. April 1922 wird das Reichsnotopfer nur noch in beschränktem Umfang erhoben und wird künftig durch einen Zuschlag zur Vermögenssteuer ersetzt. Ist auf das Reichsnotopfer über den nach dem Vermögenssteuergesetz geschuldeten Betrag hinaus bereits Zahlung geleistet, so ist der Mehrbetrag zu erstatten oder aber auf Antrag auf die zu zahlende Zwangsanleihe anzurechnen. Die Anrechnung erfolgt ohne weiteres, wenn und soweit ihr der Abgabepflichtige nicht bis zum 31. März 1923 ausdrücklich widerspricht.

Goldzollaufgeld. Für die Zeit vom 1. November bis einschließlich 7. November beträgt das Goldzollaufgeld 70 400 vom Hundert.

Einsturz einer Schule in Tanger. Infolge eines wolkenbruchartigen Regens stürzte in einer Schule in Tanger eine Mauer ein, die viele junge Araber unter sich begrub. Fünf Leichen von Eingeborenen konnten bis jetzt geborgen werden. Die Zahl der Toten soll sich auf 12 belaufen.

Aus aller Welt

Auspowerung

Man schreibt: Man gehe einmal zur Mittagsstunde in Kehl am Rhein an die Rheinbrücke und beobachte, welch ein großer Menschenstrom sich von Straßburg i. Elsaß nach Kehl walzt. Der Grund dafür ist, daß ein Mittagessen in Straßburg 5 Franken = 1500 Mark kostet, während man in Kehl noch recht gut für 1 Franken = 300 M. gutes Essen und Trinken sich leisten kann. Der deutsche Arbeiter verdient in Straßburg täglich 35 Franken = 10 500 M., wohnt in Kehl, wo er keine Steuern zu zahlen hat, da er sein Geld im Ausland verdient.

Die Franzosen kommen mit Leichtigkeit nach Deutschland hinein und werden mit Hochachtung empfangen; der Deutsche dagegen wird von den französischen Behörden wie ein Stück Vieh behandelt.

Mit einem Baum verheiratet. Eine der merkwürdigsten Sitten, die noch in Indien existieren, besteht darin, daß die älteste Tochter einer Familie an einen Baum oder an eine Blume verheiratet wird. Es gibt ein Gesetz unter den indischen Kasten, nach dem die jüngere Tochter in einer Familie nicht heiraten darf, bevor die ältere einen Mann gefunden hat. Nun kommt es aber bisweilen vor, daß eine jüngere Tochter einen Bräutigam findet, während die älteste Tochter noch ledig ist. Um nun der jüngeren nicht die Möglichkeit des Eheglücks zu versagen, nimmt man zu einer List die Zuflucht, durch die das Gesetz erfüllt und zugleich umgangen wird. Die älteste Tochter wird dann durch eine feierliche Zeremonie mit einem Baum verheiratet oder mit einer großen Blume. Dabei muß man aber auch gewisse Vorsichtsmaßregeln beobachten. So darf z. B. der „Bräutigam" ein Pflaumen-, Apfel- oder Aprikosenbaum sein, denn von diesem Baum kann die Vermählte wieder geschieden werden, wenn sie späterhin wünscht, noch einen menschlichen Ehegemahl zu nehmen. Würde sie aber an eine Ulme, eine Pinie oder an eine Pappel verheiratet werden, so könnte sie niemals wieder heiraten, denn das sind heilige Bäume, die man nicht dadurch beleidigen darf, daß man die ihnen einmal angetraute Braut wieder von ihnen trennt.

Streikkitten in Amerika. Daß der soeben beendete große Ausstand der Eisenbahn- und Bergwerkarbeiter in Amerika, wie es dort immer üblich ist, zu schweren Ausschreitungen und Ruhestörungen geführt hat, ist bekannt. Kurz vor Schluß hat sich jedoch in New-York ein Vorfall ereignet, der glücklicherweise selten ist. Die Pennsylvaniabahn hatte in der Nähe ihres gewaltigen Bahnhofs zu New-York ein großes Gebäude als Schlafstätte für Angestellte eingerichtet, die statt der Streikenden beschäftigt wurden. Dieses Gebäude wurde von streikenden Angestellten eines Rechts in Brand gesteckt. Die auf Feuermeldung anrückende Feuerwehr wurde mit einem Hagel von Steinen und andern Wurfgeschossen empfangen, ebenso wie die Polizei, die Absperrungen und Verhaftungen vornehmen wollte. Trotz der Anstrengungen der Feuerwehr büßten sieben Insassen der Schlafstätte ihr Leben ein, elf wurden schwer verletzt. In Hartford wurden zwei Streikende dabei abgefaßt, wie sie im Maschinenhaus die Maschinen zu stellten, daß sie beim Anzünden des Feuers in die Luft geflogen wären.

Ein Haus für 20 Goldmark. In Beiern (Kreis Altenburg) kam kürzlich ein Fall zur Austragung, der so recht unsere jetzige Geldentwertung ins rechte Licht stellt. Im Jahre 1914, noch kurz vor Ausbruch des Krieges, kaufte sich der Kleinviehhändler Seifert durch Erwerbung eines Hausgrundstückes an. Das Anwesen kostete feinerzeit 5000 Mark, worauf 1000 Mark angezahlt wurden. Kürzlich zahlte der neue Besitzer die Restkaufsumme mit einem goldenen Zwanzigmarkstück ab, wobei er noch 1000 Mark an Papiergeld herausbekam. Somit hat der Hauskäufer sein Grundstück für nur 20 Mark Friedensgeld käuflich erworben. Der Hausverkäufer, Gastwirt Bärugen, hat aber schon wieder einen ansehnlichen Gewinn mit dem in Zahlung bekommenen goldenen Zwanzigmarkstück gemacht, da es im Kurse neuerdings schon wieder um einige tausend Mark teurer geworden ist.

Neue italienische Briefmarken. Zur Erinnerung an die Besetzung der Insel Castelrosso gibt die italienische Post Marken in den Werten von 5 Centime bis 1 Lire aus. Die Gedächtnismärken haben das Format der Eilbriefmarken und zeigen ein Kartenbild mit der Insel Castelrosso, unten ist eine italienische Fahne, darüber die Inschrift Occupazione Italiana Castrosso auf drei Zeilen angebracht. — Von der seit langem angekündigten malerischen Serie der neuen Monaco-Marken sind die drei ersten Werte erschienen, 25 Cent., 50 Cent. und 5 Fr. Sie zeigen das Bild des Fürsten Albert I., das Monographische Museum und den Residenzpalast.

Die heilige Scholle

Ein deutscher Bauernroman aus dem letzten Jahrhundert.

29] Von Paul Burg.

Copyright Max Koch, Leipzig.

(Nachdruck verboten.)

Neben dem des Schulzen auf dem Kirchhofe wölbte sich nun das neue Grab. Aber unter den Lebenden war Hoffen. Zumal Maria konnte das Wort der Ahnin nicht vergessen, das sie neben ihr gebetet hatte.

„Laßt mir das Kind!" bat sie Andreas und den Landgänger, das Malchen.

Da breizte sich der Heimatlose gar auf.

„Was denkt ihr Bauern auch denn alles? Nehmt uns Hof und Acker, Erbe und Ewigkeit — gar noch das Kind im Stroh! Nie geb' ich das Kind aus meinem Namen und Eigentum! Nie!"

„Es soll es doch so gut bei uns haben, Valentin!" bettelte Maria. „Seid doch nicht hart gegen mich in eurem Reichtum. Wie arm bin ich ohne Kind! Wie reich seid ihr dagegen!"

Malchen war halb besiegt, als Andreas das Bitten so unterstützte:

„Wir wollen es nur bei uns aufziehen; unsere Kammer ist einsam, Landgängersleute. Euch ist das Kind doch bloß eine Last am Weg. Immer soll es euer bleiben."

„So will ich dir die Aufziehung erlauben, Andreas Weberling," gestand Valentin schließlich großmütig und stolzierte in die Schänke, innerlich hoch erfreut, denn nun war eine große Sorge von ihm genommen. Seinen Kummer ertränkte er in Bier und Branntwein. Maria aber war selig mit dem fremden Kinde und Andreas selig an seinem überglücklichen Weibe. So stahl sich auch der alte Weberling, ein hoher Neunziger, eines Nachts still aus dieser Welt, ohne zuvor noch mit seinem Enkelschwiegersohn mahnend abzurechnen, wie er es sich vorgenommen hatte.

Es war grad in jener Januarnacht, als Lindenschmidt seinen Sohn Kilroen zum ersten Mal in den Armen hielt, ein Bindlein Fleisch und Leben, das er so lange ersehnt hatte. Wochenlang stand schon die Christkrippe dafür aufgebaut, hielt der eiserne Engel den Wachsstock. Und Lindenschmidt hatte alle frommen Lieder gesungen, hatte gewartet, die Weihnacht verwartet, aber das Kind zögerte noch. Bis der grollende Lindenschmidt die Christkrippe wieder unters Dach gepackt hatte.

Endlich war der Junge da, und der alte Weberling war in gleicher Nacht still gestorben. Man bahrte ihn auf und beweinte ihn mit einiger Hast, weil das neugeborene Kind allzulaut nach den Trauernden schrie. Gar verstohlen begruben sie den Weisen. An seinem Grabe aber rief Pastor Fromme den Freunden zu: „Nun ist der Letzte und Weiseste, der Beste von den Alten tot. Ihr seid jetzt genug auf euch selbst gestellt, ihr Jungen. Wahret Acker und Erbe, denn eure Toten ruhen darin und haben es euch geheiligt mit Schweiß und Blut durch Menschenalter. Schaffet so ehrlich, wie sie es taten, daß auch ihr euch einst in hohen Tagen des Alters, getrost könnt schlafen legen in Gottes Erde, und eure Enkel wachen, wahren das Erbe. Hier ein Greisensarg und dort eine Wiege! Ein altes Geschlecht kommt zum Aussterben — ein neues steigt auf. Saat und Ernte, Geburt und Tod — das ist die Welt.

Auf euch selbst seid ihr jetzt gestellt! Seid wachsam, denn es kommen Jahre der Not und des Mißwuchses. Nicht immer ist Glück auf Erden. Es stehen sichere Zeichen am Himmel von Krieg und Not. Ihr sollt auf eurem Posten sein, denn ihr seid Gottes Gärtner und Soldaten."

So sprach Pastor Fromme am offenen Grabe des alten Leinwebers Andreas Weberling zu seinen Bauern und rüttelte an ihren Herzen.

* * *

Viertes Kapitel.

Das Wort vom aussterbenden Geschlecht, vom Pfarrer am offenen Grabe Andreas Weberlings gesprochen, gab Maria keine Ruhe, denn sie ging es an und keinem anderen Menschen — sie hatte ja kein Kind. Wie eine Sünde an ihrem fleißigen Manne und seiner stets sich mehrenden Habe liegenden und fahrenden Gutes erschien sie sich selber. „Beim Bauern wächst schon noch eins mit auf," hatte Andreas die kleine Ruth des Landgängers Valentin wie ein eigen Kind begrüßt. Klang das nicht wie ein Vorwurf gegen sein Weib? Wenn er ihr gram würde? Maria dachte in ihrer Unrast auch an den kleinen Schwager Lindenschmidt in seiner Wiege. Jürgen war er getauft worden. Wie ein Reid kam es sie an. Und im sinkenden Abend trat sie, unruhgetrieben, vors Weberlinghaus, das nun ganz des Andreas und ihr Alleineigen war. Auf der Bank saß sie sinnend. Da wars die liebe Linde, am Wuchse schon fast dem Häuschen gleich hoch. Maria umfaßte mit zärtlicher Hand den Stamm. Kaum ließ er sich noch von den Fingern umspannen. Zu dem, der sie einst gepflanzt hatte, schwebte ihr Bitten wie ein Gebet.

„Du im Himmel hast alles gut werden lassen. Mach mich nicht an mir verzweifeln und gib mit ein Zeichen — ein Zeichen, ob ich dem Andreas zum Segen oder unfruchtbar lebe! Beten und opfern will ich um ein Kind, lieber Herrgott, will Jugend und Schmucksein dafür geben, wenn es sein soll, allgütiger Vater im Himmel!"

Sie lehnte die Stirn an den leis atmenden lauschenden Lindenbaum und flehte stumm: Gib ein Zeichen!

Daß Franz Velten drüben aus dem Hofstor auf die Gasse getreten war und erstaunt herüberspähte, Maria bemerkte es nicht.

Was hat meine Schwester, warum will grad sie verzweifeln? Keine Kinder und jedes Jahr im Aufstieg! Unsereins mit der großen Familie und vor ungewisser Zukunft — —! Und im leisen Näherkreten sah er mit Erstaunen, wie schön, wie stark, wie hoch und vollgewachsen seine einzige Schwester Maria Elisabeth war. Daß sie sich auf einem Kleinbauernhofe quälte — bloß um der Liebe willen! — dieses Weib hätte zur Kaufherrin, ja zur Edelfrau besser getaugt. Was für Narren sind doch wir Menschen in der Liebe? dachte Franz Velten spottend und schämte sich doch sogleich, seiner lieben, immer nachsichtigen und geduldigen Frau auch nur in Gedanken wehe zu tun. Mit ihr begann er im vollen Vertrauen ein ganz anders geartetes Leben als Städter.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192210271-19/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 27. Oktober.

11 460 Wohnungsuchende

Im Monat September 1922 wurden 378 Wohnungsuchende neu eingetragen, so daß im Ganzen 11 460 Wohnungsuchende vorgemerkt sind. 115 Wohnungen konnten besetzt werden, davon 26 im Zwangswege. Auf Grund gerichtlichen Räumungsurteils mußten 29 Familien ihre Wohnungen räumen und anderweit untergebracht werden. Eine Familie wurde aus der widerrechtlich bezogenen Wohnung zwangsweise entfernt.

Ausgleichszulage für Kriegsbeschädigte nach dem Reichsversorgungsgesetz

Die Kriegsbeschädigten erhalten die einfache Ausgleichszulage, wenn sie vor dem Eintritt in den Militärdienst oder als Angehörige der Wehrmacht einen Beruf ausgeübt haben, der erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten, die erhöhte Ausgleichszulage, wenn der Beruf erhebliche Kenntnisse und Fertigkeiten und ein besonderes Maß von Leistung und Verantwortung erfordert.

Die Ausgleichszulage — einfache und erhöhte — wird auch gewährt, wenn nur die Beschädigung den Beschädigten hindert, einen Beruf auszuüben, den er sonst nach seinen Lebensverhältnissen, Kenntnissen und Fähigkeiten hätte erreichen können und nach dem bisher betätigten Arbeits- und Ausbildungswillen voraussichtlich auch ausgeübt hätte. Die letzte Bestimmung dient in erster Linie dazu, gerade Schülern und ähnlichen in ihrer beruflichen Ausbildung befindlichen Personen die einfache oder erhöhte Ausgleichszulage zuzuwenden, wenn sie nur durch die erlittene Dienstbeschädigung verhindert werden, ihre Ausbildung zu vollenden und die dem ihnen erstrebte Stellung zu erreichen. Hierbei kann nicht verlangt werden, daß der Schüler außergewöhnlich gut veranlagt ist. Ein Fach- oder Hochschüler hat vielmehr Anspruch auf die einfache oder erhöhte Ausgleichszulage, wenn unter Zugrundelegung durchschnittlicher Leistungen und Fähigkeiten mit ausreichender Wahrscheinlichkeit angenommen werden kann, daß er einen der erstrebten Vorbildung entsprechenden Beruf erreicht haben würde. Bejahenfalls ist, wenn nicht besondere Tatsachen entgegenstehen, zu unterstellen, daß der Schüler einen solchen Beruf auch tatsächlich ausgeübt hätte.

Fristen des Reichsversorgungsgesetzes. Verschiedene Fristen des Gesetzes über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung sind bereits abgelaufen. Eine Verlängerung ist aber im Wege der Gesetzgebung beabsichtigt. Das Reichsarbeitsministerium hat daher z. Zt. angeordnet, die Entscheidung über solche Anträge, für welche nach dem Reichsversorgungsgesetz die Fristen bereits abgelaufen sind, zunächst auszusetzen. Da die Verlängerung der Fristen im Wege der Gesetzgebung bisher nicht möglich war, ist durch das Reichsarbeitsministerium nunmehr verfügt worden, die vorgenannten Anträge so zu entscheiden, wie wenn die Fristen nicht abgelaufen wären. Die hiernach ergehenden Bescheide sind zwar zunächst nicht berufungsfähig, es ist aber die Erteilung berufungsfähiger Bescheide nach gesetzlicher Regelung der Fristverlängerung in Aussicht genommen. — Auskunft über die in Frage kommenden Fristen erteilen die örtlichen Versorgungsämter.

Abfindung der Kriegerwitwen bei Wiederverheiratung. Das Recht auf Bezug des Witwengeldes nach dem Militärhinterbliebenengesetz und der Witwenrente nach dem mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft getretenen Reichsversorgungsgesetz erlischt mit dem Ablauf des Monats, in dem die Witwe sich wieder verheiratet. Während jedoch das Militärhinterbliebenengesetz der Witwe keinen Rechtsanspruch auf Zahlung oder Abfindung an Stelle des Witwengeldes gab, der Witwe vielmehr unter bestimmten Voraussetzungen aus Billigkeitsgründen lediglich eine Zuwendung gewährt werden konnte, ist durch das Reichsversorgungsgesetz ein Rechtsanspruch der versorgungsberechtigten Witwe auf Abfindung im Falle der Wiederverheiratung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages der von ihr zuletzt bezogenen Rente allgemein anerkannt worden. Da dieser Rechtsanspruch erst neu geschaffen worden ist, so muß die Wiederverheiratung, an die das Gesetz das Abfindungsrecht knüpft, nach dem Inkrafttreten des Gesetzes erfolgt sein. Eine weitere rückwirkende Kraft legt sich das Gesetz nicht bei. Die Witwe muß außerdem grundsätzlich z. Z. ihrer Wiederverheiratung einen Rechtsanspruch auf Witwenrente nach dem Reichsversorgungsgesetz gehabt haben, sei es, daß sie die Rente nach Maßgabe dieses Gesetzes tatsächlich bezog, sei es, daß ihre nach dem Militärhinterbliebenengesetz festgesetzte Versorgung nach dem für sie günstigeren Reichsversorgungsgesetz mit Wirkung vom 1. April 1920 ab neu festzustellen war.

Kinderlärm als Kündigungsgrund?

Ueber die Frage, ob Kinderlärm ein Kündigungsgrund sei, ist schon oft genug gestritten worden. Daß sich aber in dieser Hinsicht selbst die Gerichte nicht einig sind, hat eine Verhandlung bewiesen, die jüngst vor einem süddeutschen Landgericht stattgefunden hat. Dort hat ein Hausherr im November vorigen Jahres einen Mieter, der vier lebhafte Kinder im Alter von drei, fünf, acht und zehn Jahren sein eigen gen nennen das Glück hat, gekündigt, mit der Begründung, die vier Kinder machten zu viel Lärm. Als der Mieter dagegen Einspruch erhob, machte der Hausherr die Kündigungsklage gegen die Partei anhängig. Er erklärte dabei, daß seit dem Sommer 1920 wiederholt andere Parteien durch die Ungezogenheit und das Lärmen der Kinder aus dem Schlafe geweckt worden seien, und alle Zurufe der Hausbesorgerin hätten nichts genutzt. Weiterhin würde durch das Herumtollen der Kinder in der Wohnung das Parkett allzusehr abgenutzt.

Nach einem höchst umfangreichen Beweisverfahren, in welchem zahlreiche Personen über das Kinderlärmen und sogar Sachverständige über die Abnützung des Parkettes vernommen wurden, erklärte die erste Instanz die Kündigung als zu Recht bestehend, lediglich, weil dem Richter der Kinderlärm als eine derart schwere Belästigung der Parteien erschien, daß diesen dadurch das Wohnen in diesem Hause verleidet werden müßte. Der Mieter gab sich mit dem Urteil nicht zufrieden, appellierte an die nächst höhere Instanz, mit der Begründung, daß in der Zeit der Wohnungsnot die Kündigung die Vernichtung seiner Existenz bedeute. Es sei merkwürdig, daß der Hausherr niemals Veranlassung genommen habe, ihn auf diese Beschwerden der übrigen Hausparteien aufmerksam zu machen, und es gehe nicht an, einen Lärmvorfall aus dem Jahre 1920 förmlich „auf Eis" zu legen, damit er sich frisch erhalte und dann einen Kündigungsgrund daraus zu machen. Und siehe da — das höhere Gericht gab der Berufung Folge und erklärte die Kündigung für unzulässig.

Die Begründung dieses Urteils dürfte als Schulbeispiel anzusehen sein, da derartige Fälle ja nicht vereinzelt dastehen. Es wurde ausgeführt, daß nichts subjektiver sei als Beschwerden über Kinderlärm. Aus dem ganzen Sachverhalte sei ein unleidliches Verhältnis der Parteien infolge des Verhaltens der Kinder objektiv nicht nachzuweisen (— ein derartig objektiver Nachweis wird wohl niemals möglich sein!) Außerdem könnte bei den heutigen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen in keinem Falle Kinderlärm als Kündigungsgrund angesehen werden.

Item: Wem Kinderlärm zuwider ist, der hat das Glück des Junggesellen zu verdienen!

— **Der Reichstarif für das Bankgewerbe allgemeinverbindlich.** Vom Deutschen Bankbeamten-Verein, Landesgeschäftsstelle Magdeburg, wird uns mitgeteilt, daß der Reichsarbeitsminister (Reichsamt für Arbeitsvermittlung) den Tarifvertrag vom 3. Mai 1922 mit Wirkung vom 1. April 1922, den Schiedsspruch vom 10. Juni 1922 mit Wirkung vom 1. Juni und die Tarifvereinbarung vom 4. Juli 1922 mit Wirkung vom 1. Juli für allgemeinverbindlich erklärt hat und zwar für alle Aktienbanken (mit Ausnahme der Reichsbank), die Privatbankgeschäfte sowie die Kreditgenossenschaften mit zehn und mehr Angestellten.

— **Kartoffelversorgung für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.** Für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene sind Kartoffeln eingetroffen. Sie werden Landsbergerstraße 7, Einkaufsgenossenschaft der Gastwirte, bis Sonnabend, den 28. d. M., nachmittags 1 Uhr. ausgegeben. Preis pro Zentner 500 Mark. Säcke und Wagen sind mitzubringen.

— **Der Tod auf der Straße.** Vorgestern nachmittag erlitt an der Reichardtstraße ein hiesiger Kaufmann einen Blutsturz, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

— **Ein ehrlicher Finder.** Ein Lichtblick in unserer moralisch tiefstehenden Zeit ist folgender Vorfall: Ein hiesiger Bürobote hatte auf der Post auf dem Schreibpult einen größeren Geldbetrag mit Rechnungen zusammengepackt liegen lassen. Der ehrliche Finder, Eisenbahnschaffner Schumann, Dieskauerstraße 12, stellte aus den dabei liegenden Papieren den Auftraggeber fest und brachte ihm das Geld zurück, bevor der zurückkehrende Laufbursche seine Unachtsamkeit mit Angst und Bangen hatte gestehen müssen.

Aus Mitteldeutschland

Der Bau des Mittellandkanals eingestellt

Die Berliner „Börsenzeitung" bringt in ihrer Ausgabe Nr. 480 vom 25. Oktober folgende Mitteilung:

Wie wir hören, bereiten die außerordentlich gestiegenen Arbeiterlöhne und Materialkosten sowie die sonstigen diesbezüglichen Auswirkungen der Geldentwertung dem Fortschreiten des Baues des Mittellandkanals unsagbare Schwierigkeiten. Wie nun der Ausschuß des Rhein-Weser-Elbe-Kanals mitteilt, wird der Kanalbau wegen gewaltiger Ueberteuerung der veranschlagten Kosten bis auf weiteres nur bis Peine durchgeführt werden. Die Weiterführung des Baues soll dann besseren Zeiten vorbehalten bleiben.

Wenn diese Mitteilung zutrifft, so können wir nur unser höchstes Bedauern über diese Tatsache ausdrücken. Wir hoffen jedoch, daß die an dem Zustandekommen des Kanals interessierten Provinzen, Kreise und Gemeinden sowie die Wirtschaftsverbände, für Mitteldeutschland der Wirtschaftsverband Sachsen-Anhalt, hier noch ein Wort mitzusprechen haben.

Die Geldentwertung, die hohen Arbeiterlöhne, die gestiegenen Materialkosten dürfen nicht die Ursache sein, ein wirtschaftsnotwendiges Werk von der Bedeutung des Mittellandkanals als Torso liegen zu lassen. In Fällen, wo es sich um Beseitigung der Worte „Kaiserlich" oder „Königlich" oder der Farben schwarz-weiß-rot oder von Bildern und Büsten ehemaliger Monarchen handelt, wird nach dem Kostenpunkt, wenn überhaupt, erst in letzter Linie gefragt. Die Kronen von den Fahnenspitzen des Reichstagsgebäudes, von deren Vorhandensein bis vor kurzem kaum der 1000. Mensch in Deutschland etwas wußte, müssen herumtergeholt werden, den Mittellandkanal will man unvollendet liegen lassen!

Wenn wir uns auch stets im Interesse unseres engeren Wirtschaftsgebietes gegen den Ausbau der Nordlinie und für den Bau der Südlinie eingesetzt haben, so können wir doch auch jetzt nicht umhin, aufs allerernstlichste uns für die Weiterführung des Kanals bis Magdeburg auf der Nordlinie einzusetzen. Es ist immerhin noch besser, einen weniger günstigen Kanal zu haben, als überhaupt keinen. Die Mittel für den weiteren Ausbau des Kanals muß das Reich beschaffen. Die starke Entwicklung Mitteldeutschlands und die durchaus unzureichende Leistungsfähigkeit der Reichsbahn fordern gebieterisch den Weiterbau dieses wichtigen neuen Verkehrsweges.

Wir haben das feste Vertrauen, daß in unserem Bezirk die berufenen Verbände, wie der Wirtschaftsverband Sachsen-Anhalt, die Handelskammer Halle, der Braunkohlenindustrieverein usw., sich tatkräftig für die Durchführung des Kanals einsetzen werden. Vielleicht wäre es auch möglich, daß der Provinziallandtag, der am Montag zusammentritt, sich mit dieser Frage beschäftigt. ∧

Die Baulichkeiten der Miama von der Stadt Magdeburg erworben

(Eigene Drahtmeldung.)

f. **Magdeburg**, 26. Oktober.

Die Stadtverordneten beschlossen, die gesamten Baulichkeiten, die der Mitteldeutschen Ausstellung, G. m. b. H. (Miama), gehören, zu übernehmen. Damit ist ein ständiger, großer Ausstellungspark geschaffen, der neben 4 Haupthallen 6 größere und kleinere Bauwerke besitzt.

Kommunistische Beratungsstelle

Weimar, 25. Oktober.

Zur Unterstützung der Tätigkeit der kommunistischen Gemeinde- und Kreisratsmitglieder wird in Weimar von der Kommunistischen Partei eine kommunale Beratungsstelle für Großthüringen errichtet.

*

Für die gewohntermaßen so planvoll und systematisch aufgebaute Kommunalpolitik der Kommunisten wird diese neue „hohe Schule" sicherlich von großem Nutzen sein. Zum weiteren Ausbau des Instituts sei eine Unterabteilung für parlamentarische Rhetorik anempfohlen, zu deren Leiter der pädagogisch erfahrene Kreisschulrat Tenner nicht ungeeignet erscheint. Vielleicht kann man auch einen Kursus angliedern, in dem gewisse Herren einmal darüber belehrt werden, wie sie sich in einer Volksvertretung zu benehmen haben.

Personalnachrichten

Dem Forstassessor Max Eberlein, Eisenach, ist unter Ernennung zum Oberförster vom 1. Oktober d. J. ab die Vorstandsstelle des Forstprüfungsamts für das Gebiet Meiningen in Meiningen übertragen worden. — Die planmäßigen Forstassessoren Georg Brehme auf dem Rathsfeld, Heinrich Gmeiner und Fritz Lehmann in Meiningen sind zu Oberförstern ernannt worden. — Dem Forstassessor Haerter in Liebenstein ist unter Ernennung zum Oberförster vom 1. Oktober 1922 ab die Forstamtsvorstandsstelle in Zella-Mehlis übertragen worden. — Der Forstmeister Mengel in Unterneubrunn ist vom 1. Oktober 1922 ab an die Gebietsregierung Meiningen versetzt, wo ihm die dortige Hilfsreferentenstelle übertragen wird. — Der Steuersekretär Heinrich Reich in Camburg ist vom 15. September ab als Finanzsekretär bei der Rentamtsstelle daselbst angestellt worden. — Baurat Martin in Königsee wurde zum Vorstand des Thüringer Bauamts in Sondershausen ernannt.

— **Cöthen**, 26. Oktober. (Ein weiblicher Kustos.) Zum Kustos von St. Jakob wurde Fräulein Streubel, Mitglied des Gemeindekirchenrates, gewählt. Damit dürfte wohl zum ersten Male in Anhalt das Amt von einer Frau verwaltet werden.

— **Halberstadt**, 26. Oktober. (Straßenbahnnöte.) Mit der Einführung des 15 Mark-Tarifes hat die Benutzung unserer nur für kleine Strecken berechnete Straßenbahn derart nachgelassen, daß mit dem Plan umgegangen wird, den Verkehr nur auf zwei kleine Teilstrecken vom Bahnhof zum Markt aufrechtzuerhalten. Die Durchführung dieses Planes würde die Entlassung einer Anzahl Arbeiter und Angestellter nach sich ziehen.

— **Dürrenberg**, 26. Oktober. (Nachklänge zum letzten Saale-Unglück.) Das Amtsblatt des Deutschen Schwimmverbandes, der „Schwimmer", veröffentlicht folgende Anerkennung über die beteiligten Schwimmvereine: Gelegentlich des Schwimmfestes des Dürrenberger Schwimmvereins am 18. Juni 1922 in Dürrenberg an der Saale (Gau 4, Kreis 8 D. S. V.), lamen kurz vor Schluß des Festes durch Kippen eines Zuschauer-Pontonflosses etwa 80 Personen in die Gefahr des Ertrinkens. Die gerichtliche Untersuchung hat ergeben, daß weder den veranstaltenden Verein noch den Badeanstaltsbesitzer ein Verschulden trifft, sondern daß das Unglück lediglich auf das Verhalten der Zuschauer, die den Ordnern keine Folge leisteten, zurückzuführen ist. Von den anwesenden Mitgliedern der Vereine Dürrenberger Schwimmverein, Merseburger Schwimmerschaft, Schwimmklub Neptun-Weißenfels, Weißenfelser Schwimmverein und Schwimmklub Wacker, Naumburg a. S., sind die Bergungsarbeiten der Verunglückten ohne Rücksicht auf eigene Gefahr und Gesundheit sofort und allseitig aufgenommen worden, so daß es möglich gewesen ist, fast alle zu retten. Nach den angestellten Ermittlungen kann den beteiligten Schwimmern nur das größte Lob für ihre Aufopferung gezollt werden. Möge ihnen das Bewußtsein, daß sie ihr Bestes aufs Spiel setzten für das Leben ihrer Mitmenschen, der schönste Lohn sein.

— **Cassel**, 24. Oktober. (Das Provinzialschulkollegium) hat mit Rücksicht darauf, daß ein erheblicher Teil der Ernte noch nicht eingebracht ist und bei den ungünstigen Witterungsverhältnissen zu verderben droht, ein Rundschreiben an die Schulen erlassen des Inhalts, daß die Schüler der oberen Klassen durch Vermittlung der Technischen Nothilfe im Einverständnis mit den Eltern bei der Hackfruchternte beschäftigt werden dürfen. Dank der wirksamen Mithilfe der Schulen ist es bereits gelungen, einen großen Teil der Ernte zu bergen. Insgesamt sind gegenwärtig über 200 Nothelfer eingesetzt.

— **Rudolstadt**, 26. Okt. (Zwangseingemeindungen?) Das thüringische Ministerium des Innern soll an die Nachbargemeinden Volkstedt, Schwarza, Cumbach, Schaa- und Pflanzwirbach Schreiben gerichtet haben, in denen um die Stellungnahme der neuen Gemeinderäte zur Frage der Eingemeindung in Rudolstadt ersucht wird. Die Frist zur Beantwortung der von der Regierung gestellten Fragen ist auf zehn Tage festgesetzt. Die Thüringer Regierung scheint also mit der Absicht umzugehen, die Eingemeindungsfrage wieder aufzunehmen, obwohl die beteiligten Ortschaften, wenigstens was Cumbach und Volkstedt betrifft, ihre ablehnende Haltung zur Eingemeindung deutlich zum Ausdruck gebracht haben.

— **Lobenstein**, 26. Oktober. (Die Untat eines Forstlehrlings.) Das 18jährige Dienstmädchen Süß aus Mühlberg unternahm mit dem 22jährigen Forstlehrling Meisgeier aus Weißmannsbhain einen Spaziergang nach einem Ausflugsort. Dort versetzte M. dem Mädchen mit einem Knüppel plötzlich mehrere Hiebe über den Kopf und stieß es einen steilen Abhang nach der Saale zu hinab. Der Forstlehrling unterhielt mit dem Mädchen ein Liebesverhältnis, dessen Folgen er durch dieses Verbrechen beseitigen wollte. Er wurde gestern ins Lobensteiner Gefängnis eingeliefert. Das Mädchen hatte neben einem doppelten Schädelbruch einen Bruch des rechten Armes und mehrere Fleischwunden davongetragen und schwebt noch in Lebensgefahr.

— **Kahla**, 26. Oktober. (Eine fette Pleite.) Hier betrieb der Kaufmann Willi Bär ein Zigarrengeschäft. Er lebte stets auf großem Fuße und machte riesige Schulden, bis er eines Tages bei Nacht und Nebel verschwand. Ueber sein Vermögen wird vom hiesigen Amtsgericht das Konkursverfahren eröffnet, das aber schleunigst wieder eingestellt wurde, als sich bei näherer Prüfung herausstellte, daß das übrig gebliebene Vermögen noch nicht einmal zur Bezahlung der Gerichtskosten ausreichte.

— **Jena**, 26. Oktober. (Zur Erhaltung der Kunitzburg.) Im Arbeitsplan der Kunitzburger-Gemeinde für das nächste Jahr ist vergessen, die romantische im Saaletal gelegene Ruine in einen solchen Zustand zu versetzen, daß sie vor weiterm Verfall geschützt wird. Der Charakter der Ruine soll dabei gewahrt bleiben. Das erforderliche Material wird von Freunden der Burg zur Verfügung gestellt, die Arbeiten werden von den Mitgliedern der Kunitzburg und Gemeinde in freiwilliger Fron übernommen.

— **Jena**, 24. Okt. (Studentenheim.) Hier wurde das neue Jenaer Studentenheim, dessen Einrichtung sich durch zahlreiche Spenden aus allen Kreisen Thüringens und auch Amerikas und Schwedens ermöglichte, eingeweiht. Das Hauptverdienst an dem Zustandekommen des Heimes hat sich der Verein Jenaer Studentenhilfe durch seine unermüdliche Werbearbeit erworben. Der Einweihung voraus ging eine Kundgebung der Studentenschaft zur Wirtschaftslage, in der der frühere Reichskanzler Michaelis über die Selbsthilfe der Studentenschaft sprach.

— **Erfurt**, 26. Oktober. (Erfurt als Tagungsort.) Der Reichsverband für das selbständige deutsche Drechslergewerbe, Gau Thüringen, hält kommenden Sonntag vormittag 10 Uhr in Erfurt im Kontorhof (Handwerkerheim) seinen dritten Gautag ab. Der erste Vorsitzende des Zentralvorstandes, Obermeister Schulte, Berlin, wird einen wichtigen Vortrag halten. Viele andere führende Männer des Drechslerhandwerks aus dem ganzen Reiche und weitere Mitglieder des Zentralvorstandes haben ihr Erscheinen zugesagt.

Kleine Nachrichten aus Mitteldeutschland

Wernigerode. In der Burgstraße erhängte sich auf einem Dachboden ein Dienstmädchen in Abwesenheit ihrer Herrschaft. Ueber den Grund zur Tat ist noch nichts Bestimmtes bekannt. * **Torgau.** Der hier beschäftigte Handlungsgehilfe Alfred Brüll aus Berlin hat sich hier aus Liebeskummer erschossen. Der Wagen, mit dem der Sterbende nach dem Krankenhaus gebracht werden sollte, hatte das Unglück, zusammenzubrechen. * **Apolda.** Aus einem Fabriklager der Zimmermannstraße wurden 335 Kilogramm lila, blaue und tabakfarbene Wolle gestohlen. * **Quedlinburg.** Der 65jährige Gelegenheitsarbeiter Hoppe wurde am Schmiedeberge tot aufgefunden. Da er alle Wertgegenstände bei sich trug, muß angenommen werden, daß er infolge Entkräftung und Unterernährung gestorben ist. * **Grüningen.** Der Arbeiter Brohmann verlangte in einem Laden Schnaps, der ihm wegen seines Zustandes verweigert wurde. Aus Wut darüber schlug er die große Fensterscheibe entzwei, die einen Wert von 80 000 Mark hat. * **Blankenburg a. H.** Hier kam es zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, die von ihren Waffen Gebrauch machen mußte und einen Angreifer schwer, zwei leicht verletzte. * **Suhl.** Im Verlauf eines Streites wurde der Tischlerlehrling Max Reichardt erschossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192210271-19/fragment/page=0003

Volkswirtschaftlicher Teil der „Halleschen Zeitung"

Die Jagd auf das Betriebskapital

Von Dr. J. Weisbart, Syndikus der Handelskammer zu Berlin. *)

Der Tiefstand unserer Mark und die damit verbundene Steigerung aller Preise hat die Regierung dazu veranlaßt, scharfe Maßnahmen gegen die Preistreiberei anzukündigen und zum Teil auch auszuführen. Es ist begreiflich, daß die Regierung den in der Versorgung mit ihrem Lebensbedarf gefährdeten Massen die aufreizende Erscheinung großer Preissprünge zu ersparen versucht. Es ist auch ebenso begreiflich, daß sie darin den Beifall der Massen findet und man müßte sich trotz der Härten, die darin für den Handelsstand liegen, damit abfinden, wenn es sich nur um das Schicksal der einzelnen Gewerbetreibenden handeln würde. Selbst der ganze Stand müßte Opfer bringen, wenn dies zum Wohle der Gesamtheit erforderlich und münzenwert sein würde. Aber die Oeffentlichkeit legt bei der Behandlung der Angelegenheit viel zu viel Gewicht auf die Interessen des Einzelnen und selbst auf die Interessen des Handelsstandes als solchen. Es steht viel mehr auf dem Spiel.

Der Kampf gegen die sogenannte Preistreiberei muß mit Notwendigkeit dahin führen, daß die Gesamtheit geschädigt, daß der Gesamtheit des deutschen Volkes die zur Versorgung der Bevölkerung unentbehrlichen Betriebsmittel entzogen, durch Re-Verteilung des Kapitals an das Publikum in Atome zerspittert und zu einem nicht unerheblichen Teil ans Ausland verschleudert werden. Die Aufgabe des Handels besteht darin, für die Zeit, die ein Gut vom Beginn seiner Erzeugung bis zur verbrauchsmäßigen Vollendung benötigt, die erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Von dem Augenblick an, wo z. B. der Arbeiter auf der Baumwollfarm seine Arbeit beginnt bis zu dem Augenblick, wo das fertige Kleidungsstück angezogen wird, hat der Handel einzuspringen. Er hat das Geld, um bei dem Beispiel zu bleiben, für den Anbau und die Ernte der Baumwolle, für den Einkauf derselben, für die Lagerung, die Ausfuhr, die Verschiffung, die Einfuhr, die Verwaltung und den Vertrieb vorzustrecken. Zu dieser Aufgabe gehört ein gewisses Mindestkapital, das nicht etwa dadurch herabgesetzt werden kann, daß die Mark im Preise sinkt. Wer z. B. mit einem Kapital von 1 Million Mark die Versorgung der Bevölkerung mit 10 000 Anzügen von Beginn der Produktion bis zum Verbrauch im Jahre 1913 finanzieren konnte, kann heute mit dem gleichen Betrag vielleicht nur 1000 Anzüge herzuschaffen. Wenn die Preistreiberei-Gesetzgebung nun verlangt, daß grundsätzlich nur die Gestehungskosten in Mark und nicht diejenigen Kosten verlangt werden dürfen, die für die Wiederbeschaffung erforderlich sind, so bedeutet das, daß die Betriebsmittel, die zur Versorgung der deutschen Bevölkerung im bisherigen Umfang erforderlich gewesen sind und auch erforderlich bleiben, an die Verbraucher in kleinsten Beträgen aufgeteilt und in Atome zerspittert werden, daß weiter in Zukunft die gleiche Menge von Waren von der deutschen Volkswirtschaft überhaupt nicht mehr oder nur durch ausländische Hilfe beschafft werden kann. Eine erhöhte Schulden- und Zinsknechtschaft und damit eine Verschlechterung der Zahlungsbilanz ist die Folge.

Aber damit nicht genug. Die Verschleuderung des für die Gütervertellung erforderlichen Kapitals kommt nicht einmal allein den Inländern zugute; es wird zum erheblichen Teile ans Ausland verschenkt. Abgesehen davon, daß die Außenhandelskontrolle, die durch die Bedingungen für die Ausfuhrbewilligung ein solches Verschleudern hindern will, nicht in der Lage ist, dies in vollkommen ausreichender Weise zu tun, wird allein den Fremden im Deutschen Reich, die von der Preisbeschränkung trotz der ihnen gegenüber etwas veränderten Rechtslage genau denselben Nutzen haben, wie der Inländer, täglich der gesamte Lebensbedarf zum halben oder viertel Preise gewährt, den sie zu ihrer Erhaltung im eigenen Land bezahlen müssen. Rechnet man im Deutschen Reich mit einer ständigen Fremdenzahl von einer halben bis einer Million Personen, so kann man bei dem gegenwärtigen Stande der Valuta die Verschleuderung des deutschen Kapitals allein auf diesem Wege mit 100, vielleicht sogar 150 Milliarden ansetzen. Die Summe, die infolge der Preistreiberei-Gesetzgebung ans Ausland gehen würde, wenn auf dem bisherigen Wege fortgeschritten wird, würde dahin führen, daß uns selbst die Streichung aller äußeren Schulden nicht mehr von der passiven Zahlungsbilanz befreien wird.

Die Gesetzgebung hat aber noch weitere Wege beschritten, die das Betriebskapital vernichten müssen. Sie liegen in unserem Steuerrecht. Auf der letzten Tagung der Bücherrevisoren hat bereits Senatspräsident Strutz auf diese Erscheinung hingewiesen. Wer sein Lager der Menge nach vom 1. Januar bis 31. Dezember 1922 mit gleichem Bestand erhalten hat, hat eine Steuer zu bezahlen, die sich nach dem Unterschied der Erwerbskosten für den Bestand vom 1. Januar und 31. Dezember ergibt. Man kann annehmen, daß der Unterschied wohl in allen Geschäftszweigen bei einem ursprünglichen Bestand im Wert von 1 Million Mark am 1. Januar annähernd das Zehnfache betragen wird. Davon hat der Gewerbetreibende allein an Einkommensteuer etwa 5 Millionen Mark abzuführen. Das Kapital, das erforderlich ist, damit er wie bisher die Bevölkerung besorgt, hat sich daher um die Hälfte vermindert. Für die Gesamtheit der Steuerpflichtigen bedeutet das, daß die Hälfte aller Betriebskapitalien in den Etat des Reiches hineinfließt und entweder im Deutschen Reich verbraucht oder ans Ausland abgeliefert wird.

Auch hier wird offenbar, daß wir zur Fortführung unseres wirtschaftlichen Lebens eines Tages in ganz außerordentlichem Maße auf das Kapital des Auslandes angewiesen sind, daß wir ans Ausland weiter verschuldet sein werden und daß sich unsere Zahlungsbilanz, über das durch die Reparationen und die Kriegsfolgen gebotene Maß hinaus, weiter verschlechtern wird. Was die Preistreiberei-Gesetzgebung an Betriebskapital übrig gelassen hat, wird von der Steuergesetzgebung erfaßt und man kann recht wohl geradezu von einer Jagd auf das Betriebskapital sprechen, die von allen Seiten, von innen und außen, vom Publikum und vom Staat veranstaltet wird. Wenn sich die Gesetzgebung nicht dazu entschließt, die schüchternen Versuche, die sie im Einkommensteuer-Gesetz § 59 a gemacht hat, um das Anlagekapital vor Vernichtung zu schützen und die sie im Vermögenszuwachssteuer-Gesetz dazu veranlaßt hat, die Berücksichtigung der inneren Kaufkraft der Mark vorzuschreiben, wenn sie nicht diese schüchternen Versuche sowohl auf der Preistreiberei- wie der gesamten Steuergesetzgebung zu einem geschlossenen System des Schutzes des gesamten Anlage- und Betriebskapitals ausbaut, so wird unsere Zahlungsbilanz unwiderbringlich in dauernde Passivität gedrängt und damit eine Besserung unserer Kreditfähigkeit auf absehbare Zeit ausgeschlossen sein.

*) Aus dem zweiten Oktoberheft der bekannten volkstümlichen Rechtszeitschrift „Recht und Recht" in Berlin-Lichterfelde.

Elektrizitätswerke Sachsen-Anhalt

Die Gesellschaft, die sich die Elektrizitätsversorgung der Provinz Sachsen zur Aufgabe gemacht hat und die die Aktienmehrheit zahlreicher Elektrizitätsgesellschaften besitzt, benötigt zum Ausbau ihrer Werke weitere 500 Millionen Mark. Die Provinz Sachsen will sich zu diesem Zweck mit weiteren 100 Millionen Mark an der Gesellschaft beteiligen. Bei dem Landtag für die Provinz Sachsen ist die Aufnahme einer gemeinsamen Anleihe beantragt. Die restlichen 400 Millionen Mark will das Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt durch eine Anleihe aufbringen, für welche die Provinz ebenfalls die Bürgschaft übernimmt.

ss. **Maschinenfabrik Hermann Köhler, Altenburg.** (Eigene Drahtmeldung.) Der Aufsichtsrat bringt eine Gesamtdividende von 40 Prozent (i. V. 15 Prozent) in Vorschlag.

ss. **Vogtländische Maschinenfabrik vorm. Dietrich, A.-G., Plauen.** (Eigene Drahtmeldung.) Die Verwaltung teilt zu der in der a. o. G. V. vom 24. d. M. beschlossenen Kapitalserhöhung um 18 Millionen Mark mit, daß die Gesamtzahl der zur Ausgabe kommenden 18 000 neuen Stammaktien von der Interessengruppe einer Kölner Firma übernommen worden sind. Ein Bezugsrecht der übrigen Aktionäre kommt somit nicht in Frage.

Peniger Maschinenfabrik und Eisengießerei, A.-G., in Penig in Sa. Die außerordentliche Generalversammlung beschloß eine Kapitalserhöhung um 1 Million Mark Stamm- und 10 Mill. Mark 7- bis 9prozentige Vorzugsaktien auf insgesamt 21,6 Mill. Mark. Die neuen Stammaktien dienen zur Angliederung eines süddeutschen Werkes, die Vorzugsaktien zur Verstärkung der Betriebsmittel. Die Aufsichten werden als günstig beurteilt. Zurzeit ist das Unternehmen in beiden Abteilungen gut beschäftigt.

Sacharinfabrik A.-G., vorm. Fahlberg, List & Co. in Salbke (Elbe). Das Unternehmen hat in seinen Produkten (es fabriziert nicht nur Sacharin, sondern auch Schefelsäure und andere chemische Produkte) große Aufträge vorliegen, so daß es nur noch an bevorzugte Kunden zu liefern vermag. Die Preise sind derartig, daß sie einen guten Nutzen lassen, obgleich die Unkosten wesentlich gestiegen sind. Vor einiger Zeit hat die Gesellschaft einen größeren Betrag Devisen für ihre ins Ausland gelieferten Waren erhalten, aber nicht verkauft, sondern im Portefeuille behalten. Dadurch ist ihr auch ein sehr ansehnlicher Gewinn zugeflossen. Aus diesem Grunde darf angenommen werden, daß für das laufende Geschäftsjahr ein noch besseres Ergebnis herauskommen wird als in im vergangenen Jahr, wo die Gesellschaft 30 Prozent (15 Prozent Dividende und 15 Prozent Bonus) zur Ausschüttung brachte. Die Aussichten sind auch für die Zukunft günstig, da die Firma mit Aufträgen zu lohnenden Preisen reichlich versehen ist.

★ **Deutsche Kachelofenwerke Braunschweig.** Das Kapital soll um 3 Mill. M. auf 4 Mill. M. erhöht werden. Auf je eine Aktie der Serie A oder B soll eine neue Aktie Serie A angeboten werden.

ss. **Georg Liebermann Nachf. Akt.-Ges. in Falkenau.** Die Generalversammlung genehmigte die Verteilung von 30 Proz. Dividende.

Börsenberichte

Wieder zwei Börsenfeiertage

Auf Beschluß des Börsenvorstandes fällt die Wertpapierbörse in der nächsten Woche am Dienstag und am Donnerstag aus. An diesen Tagen ist jeder Handel mit Ausnahme des Handels in Devisen untersagt. Der Produkten- und Metallmarkt finden wie gewöhnlich statt. Der Zutritt zur Börse ist außer den zu der Abteilung der Produktenbörse zugelassenen Herren an diesen Tagen nur denjenigen Börsenbesuchern gestattet, denen eine besondere Karte erteilt ist, welche zum Eintritt zur Devisennotierung berechtigt.

Berliner Fonds-Börse.

Die Börse war wegen Ueberlastung der Betriebe wieder für den offiziellen Effektenhandel geschlossen. Im freien Handel wurde eine ganze Anzahl Kurse genannt. Von einheimischen variablen Papieren nannte man Hirsch Kupfer 2800, Daimler 900, Waffen 6150, Deutsche Maschinen 1725, Commandit 1225, Eisenhandel 1400, Deutsche Bank 2050, Harpen 18 400, AEG. 2300, Basalt 6900, Nordwolle 7400, Caro 2800, Phönix 6700, Hartmann Maschinen 1900, Darmstadt-Nationalbank 630. Von Werten des freien Verkehrs hörte man Krügershall 1400, Benz 1275, Ilse 950, Petroleum 3700, Mansfelder, die sehr beachtet waren, 2500, Heldburg 3500. Von Auslands- und Kolonialpapieren hörte man Schutzgebietsanleihe 230, Kaoko 1900, Otavi 19 000 M., Ungarn Gold 4700, Diamond 24 500 M., Schantung 2450. Sonst nannte man Sprog, Consols 225, Becker Stahl 1900, Goedhart 25 000, Kupons schwach. Devisen und Dollar waren behauptet, der Dollar wurde mit 4430—4460—4450 M. genannt. Die Verhandlungen über die Umbildung der Devisenverordnung gehen weiter. Die Stimmung auf den Effektenmärkten war etwas zurückhaltend. Man darf immerhin nicht vergessen, daß man nach einem großen Haussemonat vor dem Ultimo steht.

Hamburger Börse

Die Hamburger Wertpapierbörse war heute offiziell geschlossen und jegliches Geschäft durch eine scharfe Kontrolle unterbunden. Im allgemeinen herrschte eine feste Grundstimmung. Am Devisenmarkte war das Geschäft außerordentlich ruhig. Es wurden nur die drei Hauptwerte gehandelt; Holland notierte um 12½ Uhr 173 500, London wurde mit 19 750 bezahlt und New-York mit 4440. Sehr große Nachfrage zeigte sich für Posen-Noten, die 33½ genannt wurden.

Devisen-Notierungen

Berlin, 26. Okt.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amstd.-Rottd.	1735,65	1744,35	New-York	4448,85	4471,15
Buenos Aires	1591,—	1599,—	Paris	306,23	307,77
Bulgarien	29,67	29,83	Schweiz	803,48	806,52
Brüss.-Antw.	280,29	281,71	Spanien	675,80	679,20
Christiania	795,26	799,74	Oesterr. abgest.	5,78	5,82
Kopenhagen	890,26	894,26	Prag	139,89	140,61
Stockholm	1189,50	1195,50	Budapest	1,75	1,77
Helsingfors	105,73	106,27	Poln. Mark-Noten	—,—	—,—
Italien	170,57	171,43	Japan (1 Jen)	2119,68	2130,32
London	19750,50	19849,50	Rio de Jan. (Millr.)	488,77	492,23

Berliner Metallnotierungen.

Berlin, 26. Okt.

Preise verstehen sich ab Lager in Deutschland für 1 Kilo.

Raffinade-Kupfer 99—99,3 %	1150-1175	Zinn (Banca-Straits-Australz)	3540-3560
Orig.-Hütt.-Weichblei	520-530	Hüttenzinn 99%	3480-3500
Orig.-Hütten-Rohzink in freien Verkehr	88-900	Reinnickel (98-99%)	2300-2650
Remelted-Platt.-Zink	700-720	Antimon (Regulus)	480-490
Orig.-Hütten-Alumin. 98-99% (in gekerbten Blöckchen)	1690	Silber in Barren, ca 900 fein für 1 kg	67000-68000
Orig.-Hütten-Alumin. (in Walzdraht od. Drahtb.)	1705	Elektrolytkupfer p. 100 kg	135973
		Original-Hütten-Rohzink ab oberschl. Hütte (Preis des Zinkhüttenverb.)	744,34

Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 26. Okt.

Die Produktenbörse verkehrte in ruhiger Haltung bei ohne nennenswerten Preisen. Verkauf und Handel blieben mit ihren Dispositionen sehr vorsichtig, während Ware etwas reichlicher zur Verfügung stand, so daß sämtliche Aufträge erledigt werden konnten. Weizen und Roggen wurde von den Mühlen nur wenig gekauft, da der Mehlabsatz lange nicht mehr so lebhaft ist. Hafer stand ebenfalls reichlicher zur Verfügung, namentlich war es die weite Hand, die als Abgeber auftrat. Gerste, gute Brauware, gleich weiter gesucht. In Mais fanden trotz der nachgebenden Preise nur wenig Umsätze statt. Rauhfutter wie Kleie und Oelkuchen wurden lebhafter gefragt, für die übrigen Futtermittel machte sich einiges Interesse bemerkbar. Hülsenfrüchte, namentlich Viktoriaerbsen, wurden bei dringender Nachfrage nur wenig zum Verkauf gestellt. Oelsaaten hatten ruhiges Geschäft.

Amtliche Notierungen für 1 Zentner ab Station.

Weizen, märk. 10000—10600, pom. —, meckl. —, stetig.
Roggen, märk. 9000—9200, pom. —, schles. —, matter.
Wintergerste 9300—9400, Sommergerste 9500—9600, stetig.
Hafer, märk. 10000—10200, pom. —, schles.—, matter.
Mais, La Plata, —, ohne Provenienzangabe —, matter.
Weizenmehl 26000—28000, behauptet. Roggenmehl 25000 matter (je 2 Zr.)
Weizenkleie 5000—5200. Roggenkleie 5000—5200, behauptet.
Raps 12000—14000, behauptet.

Victoriaerbsen	17000—17000	Lupinen, blaue	6300—6500
Kl. Speiseerbsen	13500—14000	Lupinen, gelbe	6900—7500
Futtererbsen	—	Seradella, neue	18000—20000
Peluschken	9500—10500	Rapskuchen	6000—
Ackerbohnen	9000—10000	Leinkuchen	—
Wicken	14000—15000	Trockenschnitzel, pr.	4600—4700
Zuckerschnitzel —, Tormelasse 3500—3600.			

Nichtamtlich: Kokoskuchen 7500—8000 M., Palmkernkuchen 7300—7700 M., Reisfuttermehl 6200—6600 M. für 50 kg. — Melassefuttter: Weizenkleie 5600 M., Viertreber 5800 M., Treber 5300 M., Haferschalen 5300 M., Haferkleie 5000 M., Palmkernschrot 5500 M., Strohmehl 4300 M., Sennhütte 5200 M., Melissen 5100 M. für 50 Kg. einschl. Verpackung.

Heu und Stroh. Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter. Großhandelspreis per 50 Kg. ab märkischer Station: Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 1800—1900 M., drahtgepr. Haferstroh 1800—1900 M., bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 1700—1800 M., Roggenlangstroh 1800—1900 M., Krummstroh 1600—1700 M., Häcksel 2100—2200 M., handelsübliches Heu 980—1000 M., gutes Heu 1000—1100 M.

Bericht des Vereins der Hamburger Getreidehändler. Bei fester Grundtendenz war die Nachfrage am 25. Oktober zögernd. Die Verbraucher haben ihre Mittel für längere Zeit festgelegt, so daß das Geschäft notgedrungen unterbleiben muß. Weizen 10 000—10 600 M., Roggen 9200—9600 M., Hafer 10 000 bis 10 500 M., Sommergerste 9800—10 200 M. ab Station. Ausländ. Gerste 9600—9800 M., Mais loko 9600—9800 M., November 9800—10 000 M. frei Kahnwaggon. Oelkuchen fest.

Kartoffeln.

Preise der Notierungskommission in Mark je Zentner ab Verladestationen (Erzeugerpreise): Stettin, 24. Okt. Weiße 510, rote 500, gelbfl. 600. Stuttgart, 24. Okt. Weiße 300, rote 330, gelbfl. 370.

Auslandszucker.

Magdeburg, 26. Oktober. Der Markt bleibt weiter stetig. Die Forderungen für weißen Java-Zucker lauten etwas höher.

Spinnstoffe.

Bremen, 25. Okt. Baumwolle Schluß 2616,90.

Turnen, Spiel und Sport

Primadonna gewinnt den Großen Preis von Grunewald

(Eigene Drahtmeldung.

1. Rennen. 1. Lilienstein (Quade), 2. Hastig, 3. Kriegsende. Tot.: 15, 11, 13, 13. Ferner liefen: Kompromiß, Haitani, Kronjuwel. — **2. Rennen.** 1. Lobrebner (Kukulies), 2. Kunzwahrt, 3. Edgarita. Tot.: 24, 12, 12, 15. Ferner liefen: Simplicit, Winna, Mercedes, Alterens. — **3. Rennen.** 1. Primadonna (Kukulies), 2. Hanswurst, 3. Jedermann 2. Tot.: 18, 44, 44, 169. Ferner liefen: Narwal, Tor, Herzog, Ordensritter, Orkus, Rohrdommel, Rautendelein, Belgrade. — **4. Rennen.** Ritter Blaubart (Reis), 2. Volaka, 3. Perbi. Tot., 71, 41, 15, 27. Ferner liefen: Baron Clemens, Georg, Burgritter. — **5. Rennen.** 1. Roderich (Stys), 2. Komoran, 3. Olala. Tot.: 77, 20, 20, 21. Ferner liefen: Algesul, Kern, Orkan, Augur, Liba, Elfgard. — **7. Rennen.** 1. Sinnfeiner (Kordel), 2. Romburg, 3. Blindgänger. Tot.: 142, 34, 20, 16. Ferner liefen: Hexenmeister 2, Barbar, Flucht, Karl der Große, Reichsgräfin, Zimmelmann, Wolkenschieber, Panje, Patifuss, Allgemein. — **7. Rennen** (totes Rennen). 1. Clement (Lewicki), Credo (Oertel), 3. Nordsee. Tot.: 45 auf Clement, 34 auf Credo. Platz 24, 27, 18. Ferner liefen: Elena, Herrscherin, Blender, Favorite, Welcome.

400 Kilometer Stundengeschwindigkeit

Die neuen Flugweltrekords.

Nach Meldungen aus Frankreich und Amerika wurden dort in jüngster Zeit neue Weltrekords im Geschwindigkeits- und Dauerflug erzielt, die erst der Bestätigung durch die F. A. I. bedürfen, um als offizielle Rekordrekords gelten zu können.

Dieser Weltrekord war offiziell im Besitze von Sadi Lacointe, der am 21. September dieses Jahres über die Strecke von einem Kilometer (hin und zurück) ein Durchschnittstempo von 341 Kilometer 315 Meter erzielte. Nun wird aus Newyork gemeldet, daß auf dem dortigen Rennfeld Leutnant A. L. Maughan mit einem Curtiß-Doppeldecker (375 P. S.-Curtiß-Motor) unter denselben Bedingungen einen Durchschnitt von 354 Kilometer 970 Meter in der Stunde erreicht haben soll. Einige Tage später soll Maughan diese Höchstleistung selbst wieder bei weitem übertroffen haben. Die neuen Rekordziffern seien so unwahrscheinlich, daß sie der Pariser „Auto" nur mit aller Reserve wiedergibt und Irrtümer annimmt. Nach diesen Meldungen habe Maughan, ebenfalls zu Mount Clemens, den Kilometer im Tempo von 16 Meilen pro Stunde geflogen. Er setzte dann seinen Flug fort und legte 100 Kunden im Durchschnittstempo von 232 Meilen 22 Yard, und sodann 400 Kunden im Durchschnittstempo von 229 Meilen zurück. Die 248 Meilen gehen umgerechnet 399 Kilometer 536 Meter pro Stunde. Maughan hätte damit schon die Grenze des 400-Kilometer-Tempos erreicht.

Der offizielle Weltrekord im Dauerflug stand bisher auf 26 Stunden 19 Minuten 35 Sekunden. Er wurde am 29. Dezember vorigen Jahres von Minerva von Stinson und Berthaud mit einem deutschen Junkers-Motor-Flugzeug geschaffen. Dieser Weltrekord wurde nun von den Franzosen Bossoutrot und Drouhin am 15. Oktober verbessert. Der Flug fand über von Nordrom von Le Bourget statt, er währte 28 Stunden 14 Minuten 7½ Sekunden. Eine Verbesserung von fast acht Stunden. Die beiden Flieger benutzten abwechselnd einen Farman-Goliath mit einem 300 P. S.-Renault-Motor. Ein noch längerer Dauerflug wurde von Mac Ready und Maddux über Nordrom von San Diego (Kalifornien) absolviert, wobei es dem amerikanischen Fliegern gelang, sich ohne Zwischenlandung 35 Stunden 19½ Minuten in den Lüften zu halten. Sie hatten einen Benzinvorrat von 3375 Litern an Bord genommen und waren deshalb infolge übergroßer Erschöpfung zur Landung gezwungen. Die Weltrekordbestimmungen der F. A. I. verlangen, daß bei jedem Versuch ein offizieller Vertreter des Verbandes zugegen sein müsse. Das war nun bei dem Flug von San Diego nicht der Fall. Das amerikanische Bureau für Militärstugwesen hat inzwischen auch erklärt, daß es keinerlei Schritte unternehmen werde, um die offizielle Anerkennung der Höchstleistung ihrer beiden Militärflieger Mac Ready und Maddux zu erwirken.

— **Weltmüller kommt nach Europa.** Das amerikanische Schwergewichtsboxtalent Johnny Weissmüller beabsichtigt, im Zum nächsten Jahres in Begleitung einiger Landsleute aus Europa nach Europa zu unternehmen, um dem großen Athletenen als Schwimmer im Kampfe mit den Besten Europas zu zeigen. Er ist von englischen Schwimmverband eingeladen worden, der in Leichtigkeit mögen und einschließlich Kraftsport dazu eine Kraftsport Schwimmen.

Druck und Verlag von Otto Thiele. Verantwortlich für Politik: Dr. Otto Weiterschulze; für den wirtschaftlichen Teil und Handelsteil: Hermann Hanik; für Kommunalpolitik und Lokales: Hans Heilling; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltung und Sport: Erich Geilbach.
Für den Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192210271-19/fragment/page=0004